



Der „politische“ Gegner

Es fällt derzeit schwer, sich mit der CDU/CSU politisch auseinander zu setzen. In wichtigen politischen Handlungsfeldern ist sie in ihrer Ziel- und Orientierungslosigkeit ein Totalausfall. Niemand weiß, wofür sie eigentlich steht. Und wenn sie Schlagzeilen macht, geht es nicht um politische Inhalte – mit denen könnten wir uns ja konstruktiv auseinandersetzen; aber es geht um Rücktritte, parteiinterne Streitigkeiten oder das Erfinden von Sprechblasen ohne inhaltliche Substanz. Das Hickhack in der Union um den verquastenen Begriff der „deutschen Leitkultur“, der sich Ausländer anzupassen hätten, ist ein typisches Beispiel dafür.

Der Begriff müsse noch mit Inhalt gefüllt werden, meinte Frau Merkel etwas hilflos zu der vom CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden in Umlauf gebrachten Worthülse. Im Klartext heißt das, daß Herr Merz von den Ausländern verlangt, sich an etwas zu orientieren, von dem die Vorsitzende der großen Volkspartei CDU nicht weiß, was das denn sein könnte.

Man könnte es beim Spott über diese Art der christdemokratischen Politikgestaltung – wir haben ein Wort gefunden, nun suchen wir den Inhalt - belassen,

wenn die Merz'sche Begrifflichkeit nicht ein gehöriges Maß an Intoleranz suggerieren würde: Am deutschen Wesen soll die Welt genesen. Das hatten wir schon einmal.

„Leitkultur ist ein Totschlags-Wort: Wer von Leitkultur redet, will nicht integrieren, sondern provozieren. Leitkultur ist ein Wort der Überhebung, der Überheblichkeit, der Null-Toleranz,“ schrieb Heribert Prantl von der Süddeutschen Zeitung in einem Kommentar, den er mit „Die Logik der Knalltüten“ betitelte. Ich finde den Vergleich sehr passend: Wenn man eine leere Brottüte aufbläst und draufhaut, dann knallt es, und alle Leute erschrecken sich.

Obwohl aber die geplatzte Tüte nur Leere offenbart, freuen sich einige Konservative darüber, daß endlich mal was von der CDU zu hören ist. Darum fürchte ich, daß dieser Knalltüte noch etliche folgen werden. Der Union fehlt es offensichtlich an Konzepten zur Gestaltung einer modernen offenen Gesellschaft. Sie scheint noch immer stärker im gestern als im heute verhaftet zu sein. Von Erneuerung keine Spur. Krawall als Politikersatz, Kompetenz: Fehlanzeige, Profil: nicht erkennbar.

Moment mal...

*Der Friederich, der Friederich,
Das ist ein arger Wüterich!
Es gehen ihm oft die Themen aus
Dann wird er wild im Bundeshaus.
Er schlägt Konsens und Rücksicht tot
Und Ruprecht, der litt große Not.
Und hört nur, wie böse er war:
Er ärgerte selbst Angela!*

Jakob Mierscheid

In dieser Ausgabe:

Zur Rentenstrukturreform	2
Zum Mietrecht	2
Zur Zwangsarbeiterentschädigung	3
Thema Zuwanderung	3
Zum Tod von Josef Felder	4



Rentenstrukturreform ist auf einem guten Weg

Wir werden in dieser Woche uns im Plenum weiter mit der Rentenstrukturreform befassen. Die Reform der Erwerbsunfähigkeitsrenten werden wir zum Abschluß bringen und damit erneut ein Stück von der Regierung Kohl geschaffene soziale Ungerechtigkeit korrigieren.

Wir werden das Altersvermögensgesetz in erster Lesung beraten. Das weitere Verfahren wird in Ruhe und gründlich, aber ohne unnötige Verzögerung mit dem Ziel durchgeführt, im Frühjahr den Bundesrat zu erreichen. Spätestens hier wird die Union endgültig Farbe bekennen müssen.

Es wird bei diesem Gesetz sein, wie bei jedem anderen Gesetz: Wir werden genau prüfen, ob Änderungen erforderlich sind und

dies dann hier und mit dem Koalitionspartner entscheiden. Die Förderung der betrieblichen Altersvorsorge wird in einer Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Gewerkschaften besprochen, um einen paßgenauen und praktikablen Weg zu erarbeiten.

Aktuell wichtig ist: Die Renten werden im nächsten Jahr um 2 oder 2,1 % steigen. Damit werden die Renten im kommenden Jahr gegenüber 1998 um gut 4 % höher sein. Nach der Rentenformel der alten Regierung wären es nur knapp 3,3 % gewesen.

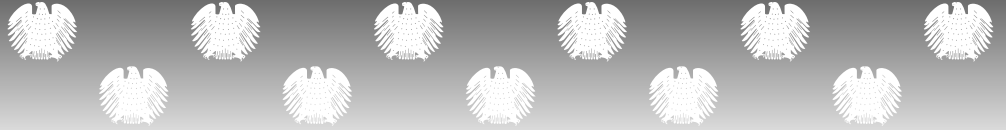
Der Rentenversicherungsbeitrag wird im kommenden Jahr bei 19,1 % liegen; ohne Ökosteuern und nach den Vorstellungen der alten Regierung wären es 20,4 % gewesen.

Zum Mietrecht

Die Mietrechtsreform, die wir am Donnerstag in erster Lesung beraten, wird soziale Schieflagen korrigieren, die die Regierung Kohl geschaffen hat. Wir werden das Gleichgewicht zwischen den Interessen der Mieter und den Interessen der Vermieter wieder

herstellen und mehr Klarheit, Rechtssicherheit und verlässliche Rahmenbedingungen schaffen.

Mit der Mietrechtsreform erreichen wir wieder ein Stück mehr soziale Gerechtigkeit.



Zur Zwangsarbeiterentschädigung

Die Medien haben eine Reihe von Unternehmen öffentlich namhaft gemacht, die sich beharrlich weigern, der Stiftungsinitiative zur Entschädigung der Zwangsarbeiter beizutreten. Ich begrüße die Veröffentlichung nachdrücklich. Die Begründung zahlreicher Unternehmen für ihre Verweigerung, sie hätten nie Zwangsarbeiter beschäftigt oder seien erst nach dem II. Weltkrieg gegründet worden, überzeugt nicht. Die Millionen deutscher Arbeitnehmer, die sich über den Anteil des Bundes mit ihren Steuergeldern an der Entschädigung beteiligen, hatten auch nie Zwangsarbeiter beschäftigt oder schon aufgrund ihres Alters nie etwas mit den Verbre-

chen der Nationalsozialisten zu tun.

Die Entschädigung der Zwangsarbeiter ist eine nationale moralische Verpflichtung. Es geht um die Milderung einer alten deutschen Schuld, Wiedergutmachung ist ohnehin nicht möglich.

Wenn alle Appelle nicht mehr wirken und die Wirtschaft weiterhin ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt, dann müssen wir als letztes Mittel möglicherweise auch gesetzliche Zwangsmaßnahmen ins Auge fassen. Die deutsche Wirtschaft kann sich in der Zwischenzeit überlegen, ob sie sich dieser Peinlichkeit aussetzen will.

Thema Zuwanderung

Merz, Merkel und Meier haben jeden Tag etwas Neues zum Thema Zuwanderung und Einwanderungsgesetz zu sagen. Das ist alles schwer zu verstehen, weil es unausgegrenzt und nach innen gerichtet ist.

Wir müssen über Zuwanderung reden und sollten dies nüchtern, sachlich und verantwortungsvoll tun und nicht populistisch.

Wir haben ein klares Verfahren: Eine Kommission der Bundesregierung unter Vorsitz von Rita Süßmuth, die sehr breit zusammengesetzt ist, arbeitet bis in den nächsten Sommer. Wir werden uns die Ergebnisse an-

schauen und dann entscheiden, wenn möglich in einem breiten Konsens. Wir wollen Konsens, denn die Frage der Zuwanderung ist wichtig und muß für lange Zeit, über mehrere Legislaturperioden hinweg geregelt werden.

Herta Däubler-Gmelin und Ludwig Stiegler werden noch vor Jahresende einen Zwischenbericht zur Zuwanderung vorlegen, der Gelegenheit zur Diskussion geben wird.

Klar ist auch: Es geht um die Steuerung der notwendigen Zuwanderung, es geht nicht um das Grundrecht auf Asyl.

Bodo Seidenthal, MdB	Büro: Unter den Linden 50, Zi. 1073/75 Telefon: 030/227-7 38 66	Bürgerbüro: Schuhstraße 24 38350 Helmstedt Telefon: 0 53 51/59 98 28	Wahlkreisbüro: Schillerstraße 6-8 38440 Wolfsburg Telefon: 0 53 61/1 44 18
Postanschrift: Platz der Republik 1 11011 Berlin	Fax: 030/227-7 64 19 E-Mail: bodo.seidenthal@bundestag.de Ansprechpartnerin: Katharina Fricke	Ansprechpartnerin: Bärbel Mart	Ansprechpartner: Dirk Roller

Zum Tod von Josef Felder

Wir trauern um Josef Felder. Wir haben am 7. November während des Staatsaktes im Deutschen Bundestag seiner gedacht. Nur zwei Monate nach seinem 100. Geburtstag ist Josef Felder in München verstorben. Sein langes Leben war geprägt von seinem Einsatz für Freiheit und soziale Demokratie.

Bereits als junger Mensch hat sich der Sozialdemokrat Josef Felder, während der Weimarer Republik, lange vor der "Machtergreifung" der Nationalsozialisten, gegen die drohende Nazidiktatur aufgelehnt. Als politischer Redakteur der "Schwäbischen Volkszeitung" und als Versammlungsredner kämpfte er aktiv gegen den sich ausbreitenden NS-Terror.

Als jüngster Abgeordneter wurde Josef Felder 1932 in den Berliner Reichstag gewählt. Seine ganze Kraft hat er gegen die drohende Gefahr eines Terrorregimes durch die Nationalsozialisten eingesetzt, um schließlich 1933 mit der gesamten sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz zu stimmen. Für Freiheit und Sozialdemokratie hat Josef Felder sein Leben eingesetzt. Er hat Verfolgung, Flucht, Verhaftung und Konzentrationslager erlitten

aber nie aufgegeben, Widerstand gegen die NS-Diktatur zu leisten. Nach dem Krieg hat er sich unermüdlich für den Aufbau einer demokratischen und sozialen Gesellschaft eingesetzt, zuerst beim Süd-Ost Kurier in Bad Reichenhall, dann als Chefredakteur des Vorwärts, als Kommunalpolitiker und schließlich von 1957 bis 1969 als Mitglied des Deutschen Bundestages.

Nach seinem Ausscheiden aus dem Deutschen Bundestag widmete er sich bis in die hohen 90er Jahre vor allem der Jugend. Er wurde nicht müde, immer wieder die Erinnerung an das Ende der Weimarer Republik und an die Verbrechen des Nationalsozialismus wach zu halten und die Ursachen darzulegen, die zum NS-Terrorregime geführt haben. Gerade in einer Zeit, in der Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus uns täglich herausfordern, wird deutlich, wie wichtig die ständige Erinnerung an die schwärzeste Epoche der deutschen Geschichte ist.

Mit Josef Felder haben wir einen großen Sozialdemokraten verloren. Sein lebenslanger Einsatz für Demokratie und Freiheit wird für uns immer Beispiel sein.